

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 242-2017
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.667

Eingereicht am: 13.11.2017

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 12

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 23.11.2017

RRB-Nr.: 73/2018 vom 24. Januar 2018
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



«No Billag»-Initiative und Konsequenzen für den Kanton Bern

Im kommenden März kommt die eidgenössische Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren, «No-Billag-Initiative»)» zur Abstimmung. Die Initiative will, dass der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte keine Radio- und Fernsehempfangsgebühren mehr erheben dürfen. Stattdessen soll der Bund Radio- und Fernsehkonzessionen versteigern. Insbesondere wird Artikel 93 Absatz 2 BV gestrichen, der bisher lautet: «Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.»

Die Auswirkungen bei einer Annahme von No Billag sind klar: Sowohl die Radio- und Fernsehsender der SRG als auch schweizweit 34 konzessionierte private Lokalradio- und Regionalfernsehveranstalter erhalten keine Gebühren mehr. Sind diese Sender nicht in der Lage, innert kürzester Zeit alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, ist eine Schliessung nicht ausgeschlossen. Mit einer möglichen Schliessung von öffentlichen und privaten Radio- und Fernsehsendern stehen gemäss Berechnungen des BAK Basel in der ganzen Schweiz rund 13 500 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Der Kanton Bern ist ein wichtiger Standort für die SRG-Radio- und -Fernsender in der Deutschschweiz (Fernsehen, Radio und tpc). Im Kanton Bern erhalten neben Radio SRF und Fernsehen SRF auch private Sender Gebührengelder. In Bern sind es die Generaldirektion SRG, das Radiostudio Bern und swissinfo. Von den Privaten sind es zudem das Radio RaBe, Radio BeO, Radio Neo1 und von den Lokalfernsehen: Telebielingue und Telebärn. Würden die Gebühren weiterhin eingezogen (nach der Abstimmung), erhielte auch die SDA ab 2019 einen Teil aus dem Gebührentopf. Neben einer Verarmung des publizistischen und kulturellen Angebots stehen im Kanton Bern auch viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr bei der Annahme der No-Billag-Initiative ein?
2. Sieht der Regierungsrat die Medienvielfalt und insbesondere auch die Zweisprachigkeit im Kanton Bern bedroht?
3. Wie viele Arbeitsplätze sind durch eine Annahme der No-Billag-Initiative im Kanton Bern bedroht?
4. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden?
5. Die SRG fördert auch das Filmschaffen in der Schweiz, was auch für den Kanton Bern von Bedeutung ist. Wäre der Kanton Bern bereit, bernspezifisch diese Aufgabe bei einer Annahme der No-Billag-Initiative zu übernehmen?
6. Der Regierungsrat des Kantons Graubünden lehnt die No-Billag-Initiative ab. Wie steht der Regierungsrat zur No-Billag-Initiative?

Begründung der Dringlichkeit: Aufgrund der Abstimmung im März 2018 und der staatspolitischen Bedeutung und der Auswirkungen auf Arbeitsplätze ist eine rasche Beantwortung notwendig.

Antwort des Regierungsrates

1. *Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr bei einer Annahme der No Billag-Initiative ein?*

Eine Annahme der No Billag-Initiative hätte nach Auffassung des Regierungsrates einschneidende Konsequenzen für den Alltag der Bevölkerung des Kantons Bern, weil die SRG ihr Sendeangebot sehr stark einschränken oder sogar einstellen müsste. Besonders betroffen wären die Randregionen, welche die SRG sendetechnisch heute gut abdeckt und um die sich ihre Radio- und TV-Redaktionen besonders kümmern. Dazu kommt, dass die SRG-Sender gerade auch in Krisensituationen unverzichtbare Dienste leisten. Ihre Redaktionen stehen für hochwertigen, unabhängigen und vielfältigen Journalismus. Ohne Radio und Fernsehen der SRG gäbe es kein Schweizer Medienhaus mehr, das jede Woche 94 Prozent der Haushalte erreicht. Nach Auffassung des Regierungsrates wäre bei einer Annahme der Initiative mit der SRG ein von Wirtschaft und Politik unabhängiges Medium, das einen faktenbasierten Umgang mit Themen garantiert, in seiner Existenz bedroht. Indem in ihren Programmen alle Seiten zu Wort kommen, leistet die SRG einen wichtigen Beitrag zur freien Meinungsbildung – insbesondere vor Abstimmungen.

Weiter steht das heutige SRG-Angebot im Zeichen der eidgenössischen Solidarität bezüglich Sprache und Kultur. Die Bevölkerung des Kantons Bern – eine Gebietseinheit, welche die Schweiz im Kleinen abbildet – kommt über die SRG in den Genuss ausführlicher Radio- und TV-Programme in der jeweiligen Muttersprache. Die SRG nimmt mit ihren 7000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über ein viersprachiges Programm eine die Sprachregionen übergreifende Rolle ein. Wenn der Mehraufwand von gut 25 Prozent, welcher das viersprachige Programm im Vergleich zu einem einsprachigen Programm verursacht, abgezogen wird, dann liegen die Kosten der SRG sogar unter jenen öffentlich-rechtlicher Sender in vergleichbaren Ländern wie Österreich und Dänemark.

Bei einer Annahme der Initiative wäre nicht nur die SRG gefährdet, sondern auch 21 lokale Radiosender und 13 regionale TV-Stationen, die zusammen rund sechs Prozent der Gebührengelder erhalten. Als private elektronische Medien erfüllen sie gemäss ihrer Konzession einen lokalen beziehungsweise regionalen Leistungsauftrag. Ohne Gebührengelder wäre das Überleben von privaten TV- und Radiostationen im Kanton Bern wie Telebärn, TeleBilingue, Radio BeO, Radio Neo1, Radio RaBe, Canal 3 und RJB in der heutigen Form in Frage gestellt.

2. *Sieht der Regierungsrat die Zweisprachigkeit und insbesondere auch die Medienvielfalt im Kanton Bern bedroht?*

Die SRG-Medien leisten einen wichtigen Beitrag an die Zweisprachigkeit im Kanton Bern. Sie berichten in beiden Landessprachen umfassend über zentrale kantonale Themen. Die SRG-Medien sind in der heutigen Berner Medienlandschaft breit vertreten.

Wie in der Antwort auf Frage 1 erwähnt, wären bei einer Annahme der Initiative auch die zwei- bzw. französischsprachigen TV- und Radiostationen TeleBilingue, Canal 3 und RJB in ihrer Existenz bedroht.

3. *Wie viele Arbeitsplätze sind bei einer Annahme der No Billag-Initiative im Kanton Bern bedroht?*

Im Kanton Bern sind rund 880 Personen für die SRG oder ihre Tochtergesellschaften tätig. Diese Zahl entspricht rund 700 Vollzeitstellen. Im Kanton betroffen wären die Mitarbeitenden der Generaldirektion in Bern, des Medienzentrums im Bundeshaus, des Radiostudios in Bern sowie von Swiss Teletext in Biel. Dazu kämen noch einige Korrespondentenstellen. Eine Annahme der No Billag-Initiative hätte voraussichtlich auch Konsequenzen für andere Medienredaktionen, die im Kanton Bern tätig sind.

Gemäss den aktuellsten Daten der Unternehmensstatistik des Bundesamts für Statistik für das Jahr 2015 beträgt die Zahl der Beschäftigten der entsprechenden Branchen – und damit der potenziell bedrohten Arbeitsplätze im Kanton Bern – rund 1'300 (inkl. derjenigen der SRG).

4. *Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden?*

Der Regierungsrat könnte keinen direkten Einfluss nehmen auf die Personalentscheide der SRG, welche bei einer Annahme der Initiative nötig wären. Um ein solches Szenarium zu vermeiden, setzt sich der Regierungsrat mit Überzeugung für die gebührenfinanzierte Medi-

enlandschaft ein. Ziel muss es sein, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich bewusst sind, was eine Annahme der Initiative bewirken könnte. Dabei gilt es immer wieder aufzuzeigen, dass die SRG-Medien und die privaten konzessionierten Radio- und TV-Stationen einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren unserer Gesellschaft und unseres föderalistisch organisierten politischen Systems und damit für die direkte Demokratie leisten.

5. *Die SRG fördert auch das Filmschaffen in der Schweiz, was auch für den Kanton Bern von Bedeutung ist. Wäre der Regierungsrat bereit, bernspezifisch diese Aufgabe bei einer Annahme der No Billag-Initiative zu übernehmen?*

Die SRG investiert jährlich rund 40 Mio. Franken in die Schweizer Filmproduktion. Davon profitiert das Berner Filmschaffen massgeblich. Denn aufgrund der kostenintensiven Herstellung ist die Filmproduktion stets auf mehrere Finanzierungspartner angewiesen. Gegenwärtig fliessen aus dem kantonalen Kulturförderungsfonds jährlich 3,1 Mio. Franken in die Berner Filmförderung. Diese Mittel werden von der SRG im Schnitt um CHF 1,25 Mio. Franken pro Jahr ergänzt. Sollte die SRG als Finanzierungspartner wegfallen, werden wichtige Berner Filmproduktionen nicht mehr zustande kommen, denn die Mittel können nicht zusätzlich aus dem kantonalen Kulturbudget kompensiert werden. Zudem profitieren heute Berner Filmschaffende kontinuierlich von Auftragsarbeiten für Eigenproduktionen der SRG. Sollten diese wegfallen, erleidet die Berner Filmbranche eine Einbusse an Erwerbs- und Erfahrungsmöglichkeiten, deren Folgen heute nicht abschätzbar sind.

6. *Der Regierungsrat des Kantons Graubünden lehnt die Initiative ab. Wie steht der Regierungsrat zur No Billag-Initiative?*

Wie in den Antworten auf die Fragen 1 und 4 im Detail begründet, lehnt der Regierungsrat die No Billag-Initiative ebenfalls klar ab. Er hat seine Haltung mit einer Medienmitteilung am 5. Januar 2018 veröffentlicht. Zudem hat sich der Regierungspräsident anlässlich seiner Jahresmedienkonferenz Mitte Januar deutlich gegen die Initiative ausgesprochen. Er tat dies – wie oben erwähnt – aus Sorge um den inneren Zusammenhalt der Schweiz, zu dem die SRG einen grossen Beitrag leistet. Zudem schätzt er die sachliche und ausgewogene Information der SRG-Medien. Weiter fördert die SRG mit ihrem Engagement das schweizerische Kulturschaffen und den Zusammenhalt über die Sprachgrenzen hinweg. Bei der SRG handelt es sich um eine bedeutende Arbeitgeberin im Kanton.

Verteiler

- Grosser Rat